

## Stellv. Premierminister Anwar Ibrahim entmachtet

Die Entlassung Anwar Ibrahims von allen seinen Posten innerhalb der malaisischen Regierungspartei UMNO-Baru und aus der Regierung am 2. September ist der Höhepunkt monatelanger Spekulationen über die große Spaltung zwischen Premierminister Mahathir und seinem Stellvertreter Anwar. Sie ist Resultat eines Machtkampfes in der Partei und unterschiedlicher Strategien zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Anwar befürwortete als Finanzminister eine straffe Geldpolitik und war offensichtlich ehr gewillt, einige interne Ausschweifungen innerhalb Malaysias zu drosseln. Er wurde als der internationalen Finanzwelt zu nahe stehend betrachtet. Mahathir bemühte sich währenddessen zusammen mit seinem alten Finanzminister und UMNO-Schatzmeister, Daim Zainuddin, internationale Spekulanten für die ganze Krise verantwortlich zu machen und verfolgt lieber eine lockerere Geldpolitik unterstützt durch finanzielle Kontrollen.

Genauer, Anwars Ambitionen, Mahathirs Platz als Partei- und Regierungschef einzunehmen und das lieber früher als später, waren ein offenes Geheimnis in Malaysia. Dies gilt vor allem auch für Anwars

Anhänger, die durch die Elite um Mahathir und durch dessen offensichtliches Versagen, einige grundlegende Probleme des Landes anzusprechen, frustriert waren. Dennoch war es Mahathir immer wieder gelungen, eine direkte Herausforderung an seine Führungsposition auf mehreren Parteitage zu vermeiden, der letzte im Juli. Es scheint nun, als habe er die Herrschaft über seine Partei wieder gefestigt. Doch Anwar wird nicht bereit sein, kampfflos das Feld zu räumen.

Die Presse war auf der Seite Anwars und seiner Anhänger. Im August traten die Chefredakteure zweier große malaisisch-sprachiger Zeitungen von ihrem Posten zurück, ebenso ein Prominenter des Fernsehsenders TV3. Alle wurden als Loyalisten Anwars betrachtet, die öffentliche Äußerungen zur Notwendigkeit innenpolitischer Reformen und öffentliche Vorwürfe gegen Mahathir und dessen Vetternwirtschaft zugelassen hatten. Ende August traten auch der Chef der Bank Negara, der Nationalbank, und sein Stellvertreter zurück. Auch sie wurden als Vertraute Anwars und Befürworter seiner Wirtschaftspolitik angesehen. Die Zurückdrängung Anwars hatte mit der Bildung des Na-

tionalen Wirtschaftsaktionsrates (National Economic Action Council) anfang dieses Jahres begonnen, zu dessen Leitung auf Wunsch Premierministers Mahathir Ex-Finanzminister und UMNO-Schatzmeister, Daim Zainuddin, berufen wurde.

Auf einer Pressekonferenz am Folgetag seiner Entlassung erklärte Anwar kategorisch, er sei das Opfer einer Verschwörung »auf höchster Ebene« geworden. Er erwarte, unter Arrest gestellt und der Sodomie und/oder dem Verrat nationaler Geheimnisse oder der Gefährdung der nationalen Sicherheit angeklagt zu werden. Die Anklagen wurden in einem Buch »50 Gründe, warum Anwar nicht Premierminister werden kann« veröffentlicht, das sich in den offiziellen Unterlagen jedes Delegierten des UMNO-Parteitag im Juli befand. Obwohl es Anwar gelang, eine gerichtliche Verfügung gegen eine weitere Verbreitung des Buches zu erreichen, war der Schaden schon getan. In der Folge unterzeichneten vier Polizeibeamte Erklärungen, die einige Vorwürfe unterstützen. Anwar erklärte seine Unschuld und sagte, er werde eine landesweite Reise antreten, um Unterstützung zu sammeln. Mit der Frage, welche Hoffnung

# nachrichten

die Bevölkerung noch haben kann, wenn er als stellvertretender Premierminister keine Gerechtigkeit erfährt, fordert Anwar die Menschen auf, eine Reform der Regierung in Betracht zu ziehen.

Mahathir hat sich schon immer als Meister im politischen Machtgerangel bewiesen. Bei Anwars Reaktion ist es aber möglich, daß er gezwungen wird, Zwangsmaßnahmen anzuwenden, um die engsten Anhänger Anwars und möglicherweise gleichzeitig andere soziale Aktivisten und Kritiker festzunehmen. Dies wäre ein Rückfall zu den Festnahmen von über hundert Menschen 1987, als Mittel für Mahathir zur Festigung seiner Macht in einer kritischen Phase. Momentan herrscht große Angst und die Menschen warten einfach, was passieren wird.

eigener Bericht J.L

## Oppositionsabgeordneter wegen Aufwiegelung eingesperrt

Lim Guan Eng, stellvertretender Generalsekretär der Democratic Action Party (DAP) und Abgeordneter für Malakka, wurde für 18 Monate eingesperrt nachdem er in höchster Instanz vor dem Bundesgericht eine Berufung gegen ein ergangenes Urteil verlor. Lim wurde angeklagt und verurteilt wegen Verbreitung falscher Informationen und Aufwiegelung im Zusammenhang mit einer angeblichen Beziehung zwischen dem Ex-Ministerpräsidenten des Bundesstaats Malakka, Rahim Thamby Cik, und einem minderjährigen Mädchen. Über die Geschichte wurde zu der Zeit überall berichtet, selbst in den großen Tageszeitungen. Die Strafverfolgung Lims wird

als eine Taktik angesehen, ein Mitglied der Opposition loszuwerden und DAP zu schwächen. Seine Verurteilung bedeutet, daß er von seiner Parlamentsmitgliedschaft disqualifiziert wird und erst 5 Jahre nach seiner Freilassung wieder als Kandidat aufgestellt werden kann. Amnesty International hat Lim als einen politischen Gefangenen adoptiert und einheimische Menschenrechtsorganisationen haben den 25. August zum »schwarzen Tag für die Gerechtigkeit in Malaysia« erklärt. Er könnte den König um Begnadigung bitten, was aber unwahrscheinlich scheint.

vgl. Star 26.8.98; SURAM und Aliran Presseerklärungen 25.8.98

## DAP in Aufruhr

Lim Guan Engs Urteil kam zu einer Zeit als DAP, die zweitgrößte Oppositionspartei in Malaysia, nach Meinung des Parteiführers Lim Kit Siang die »schlimmste Krise seiner Geschichte« durchmacht. Die Entscheidung des Parteivorstandes, drei führende Parteianhänger für das angebliche Aufhetzen der Mitglieder gegen die gegenwärtige Führung zu suspendieren, hat tiefe Spaltungen verursacht. Lim Kit Siang spricht von einer KOKS-Kampagne (Kick out Kit Siang) und rechtfertigt die Entlassung von Liew Ah Kim, Vizevorsitzender der Partei, Fung Wet Wing, Schatzmeister, und Wee Choo Keong, nationaler Öffentlichkeitsreferent.

Andere argumentieren, daß die Führung undemokratisch

gehandelt habe und fordern eine »Demokratisierung« der Parteistatuten. Der interne Streit ist wohl kaum der beste Weg, sich auf eine bevorstehende Wahl vorzubereiten oder die Regierungspartei in der ökonomischen und politischen Krise herauszufordern.

vgl. 19.7; DAP Pressemitteilungen 18.8., 20.8

## Studiengebühren

Wie die Regierung bekannt gab, erwäge sie derzeit einen sechsfachen Anstieg der Gebühren für Studenten nach Abschluß des ersten Examens an einheimischen Universitäten. Die Erhöhung folgt der Reorganisation einheimischer Universitäten als Unternehmen und wurde mit Beunruhigung sowohl von Akademikern als auch Studenten aufgenommen.

vgl. Star 10.7.

# nachrichten

Die Entlassung Anwars ist die extremste Art verschiedener Versuche Mahathirs und seiner Berater, mit der wirtschaftlichen (und politischen) Krise in Malaysia umzugehen. Das geschah zwei Tage nach der großen Bekanntmachung, Malaysia würde seinen Wechselkurs (Ringgit 3,80 zu 1 US\$) festschreiben und eine Reihe von Kontrollen für Finanz- und Wertpapiertransaktionen einführen, die die Wirtschaft konsolidieren und Spekulationen einschränken sollten.

Tatsache ist, daß die Krise in Malaysia sich verschärft. Die anfängliche Reaktion der Regierung letzten November war, die Krise wäre nach sechs Monaten vorüber. Jetzt erklingen Aufrufe zur nationalen Einheit und ständig werden ausländische Spekulanten beschuldigt, während die Wirtschaftsdaten sich zunehmend verschlechtern.

Anfang September wurde ein Rückgang der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts für dieses Jahr von mindestens 5 % vorhergesagt, mit einer Inflation von über 7 % und einem geschätzten Wechselkurs von 4,50 Ringgit zum US\$ (im Vergleich dazu 1996: +8,6 % Wachstum, 3,5 % Inflationsrate, 2,53 Ringgit zum US\$). Zwischen Juni 1997 und Juli 1998 verlor der Ringgit um 40 % an Wert und der Warenindex um 56 %, der Marktverfall betrug 76 %. Exporte sanken sowohl im Wert als auch im Umfang. Der Anteil nicht-rückzahlbarer Kredite wird sich nach Schätzungen von gegenwärtig 9 % auf über 35 % der gesamten Kredite erhöhen. Die Preise steigen, einige Importgüter sind schon doppelt so teuer. Einigen Voraussagen zu Folge werden zum Jahresende ca. 500 000 Arbeiter ihre Stelle verloren haben.

Versuche, die Krise in Malaysia zu bewältigen, wurden durch mangelnde Einigkeit behindert. Der National Economic Action Council (NEAC) unter der Führung von Daim Zainuddin veröffentlichte im Juli einen Sechs-Punkte-Plan zur nationalen »Gesundung«. Dieser Plan betonte die Stabilisierung des Ringgits, die Stärkung des Marktvertrauens, die finanzielle Stabilität am Markt, die Stärkung der ökonomischen Fundamente, Marktgerechtigkeit herzustellen und Wiederbelebung der betroffenen Sektoren. Eine Behörde, Danaharta, wurde geschaffen, um Kredite und mögliche Rekapitalisierung der Banken zu kontrollieren, die schätzungsweise 41 Mrd. Ringgit kostet (einschließlich der Abschreibung von faulen Krediten).

Die Durchführung des Plans geschah jedoch langsam und das wurde auf die Spaltung innerhalb der Regierungshierarchie und Bürokratie zurückgeführt. Anwars Einfluß wurde gegen einen solchen Plan genutzt. Es gab außerdem einigen Widerstand zu den Regierungsplänen, das Börsengeschäft, welches sich auf einem 9 Jahrestief befindet, durch den Aufkauf von Aktien anzukurbeln.

Spekulationen, die Gelder kämen aus Quellen wie Petronas und der Rentenkasse (Employees Provident Fund-EPF) erregten viele Gruppen, einschließlich dem Malaysischen Gewerkschaftsdachverband, Malaysian Trade Union Congress. Es gab verschiedene Aufrufe zu einer Veränderung der Entscheidungsfindung der EPF, aus Besorgnis darüber, daß die Gelder der Arbeiter benutzt würden, um reiche Geschäftsleute zu retten.

Die Möglichkeiten, auf dem internationalen Kapitalmarkt Gelder zu bekommen, wurden durch die schlechte Bewertung von wichtigen, internationalen Finanzberatungsgesellschaften geschädigt. Moody's äußerte

## Wirtschaftskrise: Reaktionen und Hoffnungen auf Erneuerung

Sorgen über den »rapiden Verfall von Malaysias Wirtschaft in diesem Jahr«. Ein Versuch im August, 2 Mrd. US\$ durch Staatsanleihen zu beschaffen, wurde von Anwar nach einer solchen Bewertung annulliert. Anwar hatte anscheinend sowieso etwas gegen den Plan.

Die Krise hat natürlich auch ernsthafte Konsequenzen für die weniger Wohlhabenden. Davon ist schon einiges spürbar. Es wird geschätzt, daß die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Familien von 100 000 auf 400 000 steigen wird. Die offizielle Armutsgrenze liegt bei 100 US\$ im Monat pro Familie, was nach Auffassung vieler schon eine sehr niedrige Grenze ist.

Viele ausländische Arbeiter sind nach Hause geschickt worden; legal im Land lebenden wurde die Arbeitserlaubnis nicht verlängert und illegale, ausländische Arbeiter werden in Abschiebungslagern interniert. Die anhaltende Not der Plantagenarbeiter ironischerweise in einem boomenden Bereich (jährlich 14 Mrd Ringgit Produktionswert) ist durch die Presse gegangen. Arbeiter verdienen etwa 250 bis 300 Ringgit pro Monat, doch viele bringen auch noch weniger als 100 Ringgit nach Hause. In einer Zeit, in der landwirtschaftliche Exportprodukte hohe Preise erzielen, gibt es keine angemessene Verbesserung für die Arbeiter. Die alten Themen von angemessenen (monatlichen) Löhnen, jährlichen Erhöhungen und Gewinnbeteiligung für Plantagenarbeiter sowie die Notwendigkeit besserer Arbeitsbedingungen und Wohnungsversorgung werden nicht angesprochen.

Mit Einsparungen, Einfrieren der Löhne, Produktionsrückgang und weniger Aufstiegsmöglichkeiten erinnert die Situation an die letzte Rezession. Höhere Inflation und höhere Preise für importierte Güter wirken vor allem auf die niederen

Einkommensgruppen. Um die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung nicht zu verlieren, kursieren Gerüchte, Mahathir werde die Wahlen vorziehen, wissend, daß sich die Wirtschaftskrise vor einem Aufschwung noch verschärfen wird. Dies ist ein weiterer Grund für den Verdacht, daß Anwar und seine Anhänger aus dem Weg geräumt werden müssen — vielleicht durch Festnahmen.

Zur selben Zeit, werden öffentliche Diskussion und Oppositionskundgebungen durch die Verweigerung der polizeilichen Genehmigung verhindert. Die Verhaftungen von Internetbenutzern unter der ISA (Internal Security Act — siehe unten), die Inhaftierung von Lim Guan Eng (siehe unten), die Entlassungen von oben genannten Chefredakteuren und die Verweigerung von polizeilichen Genehmigungen für bestimmte Veranstaltungen (zum Beispiel eine Diskussion über die Wasserkrise) in letzter Minute, werden damit kommentiert, daß die Unterdrückung der öffentlichen Diskussion der malaysischen Öffentlichkeit die Chance nehmen solle, Meinungen vor und während der Wahlkampagne zu äußern.

Nach den Worten Jomo, Wirtschaftsprofessor an der Universiti Malaya: »Malaysia ist momentan das problematischste Land außer Indonesien«. Er bezog sich auf die Wirtschaftskrise, doch kann er auch leicht die politische Krise gemeint haben.

vgl. *Star* 22.7, 2.8, 3.9.98; *Aliran* 18(7); *Parti Rakyat* *Presseerklärungen*; *AW* 17.7, 7.8, 28.8.98

## Verhältnis zu Singapur getrübt

Die Eröffnung einer zweiten Verbindung für den Autoverkehr nach Singapur war zur Verringerung von Staus auf dem Straßendam geplant. Allerdings sorgen die höheren Kosten und Singapurs Entscheidung, Benutzungsgebühr auf ihrer Seite zu kassieren dafür, daß die Verbindungsstraße zu 25 % weniger genutzt wird als erwartet. Das Unternehmen, das die Verbindung betreibt, Teil der Renong-Gruppe und einer von Mahathirs Favoriten, ist offensichtlich in großen Schwierigkeiten. Die Regierung mußte zu den letzten Mitteln greifen im dem die Regierung des Bundesstaates von Johor eine Direktive erließ, nach der alle LKWs, die Produkte aus dem Bun-

desstaat transportieren, dazu zwingt, diese Verbindung nach dem 1. September zu benutzen. Granit, Hauptexportprodukt aus Johor nach Singapur, würde sich im Preis nahezu verdoppeln, wenn der Transport via diese zweite Verbindung gehen muß. Fahrer befürchten die völlige Schließung des Straßendammes.

Die Verlegung des Büros der Einreisebehörde für die mit dem Zug von/nach Malaysia Reisenden durch Singapur im August ist das neueste Kapitel in der Verschlechterung der Beziehungen beider Staaten. Während Singapur in die Gegend von Woodlands umgezogen ist und behauptet, Malaysia habe einen solchen Schritt zugestimmt, bestreitet

Malaysia eine solche Vereinbarung und beschuldigte Singapur einer egoistischen und einseitigen Entscheidungsfindung. Malaysia behält seine Einrichtungen in Tanjung Pagar, der Endstation. Passagiere müssen nun zwei separate Einreisekontrollen durchlaufen, was zusätzliche vierzig Minuten Reisezeit bedeutet.

Früherer Groll hatte sich angestaut über die Verweigerung eines Kredites für Malaysia im Gegenzug zur Garantie von Wasserrechten, das Hochspielen der »Kinderkrankheiten« des KLIA-Flughafens seitens der singaporianischen Presse, sowie Singapurs Versuche, Schiffe an der Nutzung malaysische Häfen zu hindern. Hohe Zinssätze der Banken Singa-

# nachrichten

purs zogen zusätzlich Geld aus Malaysia, und viele der finanziellen Kontrollen seitens der malaysischen Regierung Anfang September zielten auf die Unterbindung solche Gelder in Ringgit zu halten. Malaysia hat auch aufgehört, malaysische Aktien an der singapurianischen Börse zu handeln.

vgl. *Star* 1.8., 2.8. 98; *AW* 14.8.98

## Internationaler Gerichtshof soll entscheiden

Der Fall des UN-Berichterstatters über die Unabhängigkeit von Richtern und Rechtsanwälten, Param Cumasaswamy, ist vor den Internationalen Gerichtshof (ICJ) gekommen. Param wurde von verschiedenen malaysischen Unternehmen auf 80 Millionen Ringgit Schadenersatz über seine Bemerkungen, mächtige Korporationen übten Einfluß aus auf gerichtliche Entscheidungen in Malaysia, verklagt. Param, ein früherer Präsident der Malaysischen Anwaltskammer (Bar Council), beansprucht Immunität als UN-Berichterstatter, was der Internationale Gerichtshof überprüfen wird. vgl. *Star* 27.8.98

## Neuer Flughafen

Der neue 9 Mrd. Ringgit teure Flughafen Kuala Lumpur International Airport (KLIA) wurde am 30. Juni eröffnet. Der erste Tag war ein Desaster für die Öffentlichkeitsarbeit mit Computerstörungen und der Offenlegung verschiedener Mängel. Das provozierte Kommentare, die Eröffnung

wäre überstürzt gewesen, um Hong Kongs neuen Flughafen Chek Lap Kok die Show zu stehlen. Obwohl die Dinge nun besser laufen, ist die Zugverbindung nach Kuala Lumpur in die Stadt noch nicht gebaut und die Reisezeit mit dem Auto beträgt mehr als eine Stunde.

vgl. *Star* 17.7.98

## Internetaufruhr ISA Festnahmen

Vier Menschen sind nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (Internal Security Act — ISA) für die angebliche Veröffentlichung falscher Informationen im Internet festgenommen worden. Viele Menschen gerieten in Panik, nachdem sie Gerüchte über Krawalle in Kuala Lumpur gehört hatten. Einige einheimische Gruppen verurteilten den Gebrauch des ISA aufs schärfste und meinten, das Entstehen von Panik wäre vor allem Ergebnis eines generellen Mangels an Transparenz und Objektivität in den offiziellen Nachrichten und nicht durch Internetkommunikation verursacht.

vgl. *Star* 13.8.98

## Malaysische Burmasolidarität

Drei Malaysier waren unter den 18 ausländischen Aktivisten, die im August in Burma für die Verteilung von Flugblättern inhaftiert wurden. Die Flugblätter erinnerten an den 8.8.88, dem Tag des letzten großen Aufstands gegen die Militärregierung und forderten die Menschen auf, nicht zu vergessen und machten deutlich, daß sie nicht allein in ihrem Kampf sind. Die 18 wurden zu fünf Jahren verschärfter Zwangsarbeit verurteilt aber

dann sofort wieder freigelassen. Die malaysische Regierung nahm eine sehr defensive Haltung ein. Sie vermied ein bedingungsloses Eintreten für die Freilassung der drei Aktivisten. Im Gegensatz dazu forderten die philippinische und die thailändische Regierung die sofortige Freilassung ihrer Landsleute.

vgl. *NST* 10.8.98; *SUARAM* Presseerklärungen 10.-15.8.98

## Bakun und Strom

Das Bakun-Wasserkraftprojekt könnte nach Aussagen des damaligen stellvertretenden Premierministers, Anwar Ibrahim, zur Energieversorgung von lediglich Sabah und Sarawak verkleinert werden. Das Projekt war im letzten Jahr infolge der Wirtschaftskrise zum Stillstand gebracht worden. Nur 65 % der Tunnelbauten sind fertiggestellt, was eigentlich schon für letzten April geplant war. Währenddessen versucht Tenaga Nasional, die nationale Elektrizitätsgesell-

schaft, seine Verträge mit den Independent Power Producers (IPPs) rückgängig zu machen. Die privatisierten Produzenten favorisierten Verträge mit Tenaga, die den Kauf ihres Stroms garantierten (selbst bei Übersteigen der Nachfrage) zu einem Preis über den eigenem Erzeugungspreis. Tenaga kann das nicht länger halten. Die Börsenwerte für Tenaga als auch IPPs sind rapide gesunken.

vgl. *Star* 24.7.98